

»Der Obama-Effekt untergräbt die Linke«

Interview mit Peter Hudis und Kevin Anderson über US-Außenpolitik

Simon Birnbaum: Welche Erwartungen hatten Sie an Obamas Außenpolitik?

► **Peter Hudis (PH):** Ich habe keine großen Hoffnungen gehegt. Obama hatte sich als Politiker noch nie mit progressiven oder linken Positionen identifiziert. Es wäre sogar falsch, ihn als »liberal« zu bezeichnen. Es stimmt, dass er im Vergleich zu Bush frischen Wind in die Politik gebracht hat und seine Wahl einen bedeutenden Wandel in den race relations darstellt, angesichts des Rassismus, der lange die amerikanische Gesellschaft bestimmt hat. Allerdings ist Obamas gesamte Karriere von dem Versuch geprägt, sich in die Mitte der amerikanischen Gesellschaft zu integrieren, nicht sie herauszufordern. Er machte auch bei seiner Opposition zum Irakkrieg kein Geheimnis daraus. Eine andere Haltung Obamas in der Außenpolitik würde verlangen, dass er auf direkte Konfrontation zum Establishment in der amerikanischen Sicherheitspolitik geht. Das US-Militär hat sich im Irak nicht mit großem Aufwand bemüht, einen Umschwung herbeizuführen, um jetzt in Afghanistan eine Niederlage einzugestehen. Es ist vor allem eine Frage von Macht und Prestige, die erklärt, wieso mehr als 30.000 weitere amerikanische SoldatInnen in ein Land geschickt werden, in dem sich weniger als hundert Al Kaida-Kämpfer aufhalten.

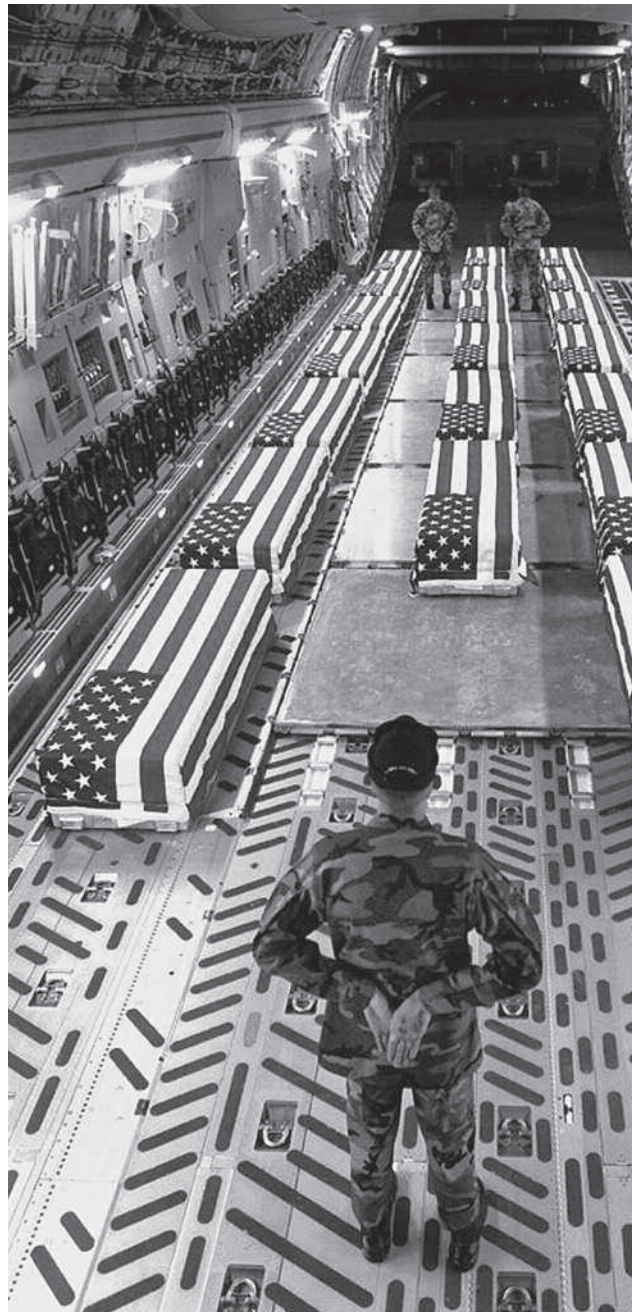
Es gibt eine weitere objektive Komponente, die Obamas Handlungsmöglichkeiten in der Außenpolitik einschränkt: das Ausmaß der Wirtschaftskrise. Seine Reise nach Peking Ende 2009 war aus zwei Gründen verblüffend: Zum einen aufgrund seiner unterwürfigen Versuche, sich bei der chinesischen Führung einzuschmeicheln, zum anderen durch das Weglassen jeglicher substantiellen Forderung an die chinesische Regierung, politische Gefangene freizulassen und die Menschenrechte zu achten. Man vergleiche Obamas Vorgehen mit dem von Bush,

der es ja sogar ablehnte, Hu Jintao ein offizielles Staatsbankett zu gewähren, als dieser ihn während seiner zweiten Amtszeit in Washington besuchte, und der auch nicht zögerte, von Zeit zu Zeit die chinesische Regierung öffentlich zu kritisieren. Angesichts der Abhängigkeit von der chinesischen Finanzierung des sich aufblähenden Haushalts- und Handelsdefizits glaubt Obama, es sich nicht leisten zu können, die chinesische Führung auf diese Art und Weise zu behandeln.

derzeit besser organisiert und vereinter als die »Liberals« oder die Linken.

Sie behaupten, dass es in der US-Außenpolitik seit Bush bisher nur einen Wandel der Rhetorik gegeben hat.

► **PH:** Ich würde nicht sagen, dass Obama nur Veränderungen der Rhetorik bewirkt hat. In einigen Reden hat er versucht, die muslimische Welt auf sehr respektvolle Art und Weise anzusprechen – das ist etwas für einen



Leichtentücher mit Stars n' Stripes

Foto: iz3w-Archiv

All dies soll jedoch nicht verleugnen, dass Obama viel zur Wiedergutmachung für die unilaterale und hasserfüllte Rhetorik der Bush-Administration beigetragen hat. Allerdings spiegelt seine Herangehensweise lediglich die Erkenntnis eines bedeutenden Teils der herrschenden Elite wider, dass das von Bush und Cheney bemühte Bild »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« sich bei der Durchsetzung US-amerikanischer Interessen als kontraproduktiv erwiesen hat.

Die wirkliche Herausforderung für die Linke in den USA heute ist es, eine gut begründete Haltung gegen Obamas Politik zu entwickeln und dabei gleichzeitig zu verdeutlichen, dass die größte Bedrohung für das Land heute die wachsende Macht der rassistischen Rechten ist, die der Republikanischen Partei eine populistische und reaktionäre Agenda verpasst. Ihre Versuche, Obama als Teil einer »liberalen« Elite darzustellen, die keinen Bezug zu den Interessen des »einfachen Mannes« hat, ist äußerst bedrohlich, gerade im Hinblick auf den Zustand der Wirtschaft und die extrem hohe Arbeitslosenquote. Ganz egal was Obama in seiner Außenpolitik macht, er wird sich einer wachsenden und sich stärker mobilisierenden Rechten ausgesetzt sehen. Die sind

amerikanischen Präsidenten ziemlich Einmaliges. Worte haben Gewicht, wenn es darum geht, ein weniger angespanntes globales Umfeld zu erzeugen. Ich glaube schon, dass Obama von den wichtigsten Aspekten der neokonservativen Außenpolitik abrücken möchte, da er viel weniger Unilateralist als Bush ist und auch gemerkt hat, dass die US-Macht viel vorsichtiger ausgeübt werden muss. Allerdings glaube ich nicht, dass der Welt »Freiheit und Demokratie« zu bringen jemals ein Teil des neokonservativen Projekts war. Solche Behauptungen aus ihren Reihen waren reine Rhetorik ohne jegliche Substanz. Wenn Bush ein Interesse daran gehabt hätte, der Welt »Freiheit und Demokratie« zu bringen, dann hätte er nicht Musharraf's Diktatur in Pakistan oder die saudische Monarchie so eindringlich unterstützen können, wie er es getan hat. Die Neocons haben sich der Rhetorik von »Demokratie und Freiheit« erst relativ spät bedient, nachdem sich ihre Behauptung, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen, als Trugbild erwiesen hatte. Außerdem gab es schon gegen Ende der Amtszeit von Bush erste Anzeichen, dass seine Administration erkannt hatte, wie sehr die Durchsetzung ihrer Ziele im Alleingang sich als kontraproduktiv erwiesen hatte.

► **Kevin Anderson (KA):** Obama repräsentiert einige Veränderungen im Hinblick auf die herrschenden Klassen der USA und ihres Imperiums. Grundsätzlich gehört er einem pragmatischeren, realistischen Flügel der herrschenden Klassen an. Viele aus dieser Klasse glaubten, dass seine Ethnizität und seine familiären Beziehungen zu Afrika für einen positiven Einfluss nach den Jahren unter Bush sorgen könnten, der selbst Verbündete der USA gegen sich aufbrachte und den Widersachern der USA viele Angriffsflächen lieferte.

Die Ergebnisse waren bisher jedoch sehr mager. Das wahrscheinlich beste Beispiel für den marginalen Wandel unter Obama stellt seine Rede an die muslimische Welt in Kairo dar, als er zwar einen anderen Ton als Bush anschluss, aber nur wenige kritische Bemerkungen an Israel richtete. Letzten Endes hat er absolut gar nichts gegen Netanjahu unternommen, als der seine Forderung nach dem Stopp des Siedlungsausbaus unterließ. Obama ist zwar in Israel weiterhin sehr unbeliebt, war aber bisher nicht besonders kritisch gegenüber Israel. So schwieg er beispielsweise während des Krieges in Gaza.

In Bezug auf Lateinamerika gab es ebenfalls einige kleinere Veränderungen, insbesondere eine leichte Abschwächung des Konfrontationskurses gegenüber Kuba. Die tragischen Ereignisse in Honduras zeigen, dass es

keinen grundlegenden Wandel gegenüber Bush gegeben hat. Während Obama die Putschregierung pro forma kritisierte, wurde nichts ernsthaft unternommen, um sie aufzuhalten. Im Gegenteil hat er die Bemühungen des vereinten Lateinamerikas unterminiert, der Putschregierung entgegen zu treten, indem er verkündete, dass die USA die Ergebnisse der von der Putschregierung ausgerufenen Wahl nicht ablehnen würden. Diese Wahl hat nun stattgefunden, obwohl schon ein mahrender Telefonanruf der US-Regierung genügt hätte, um in einem so kleinen, von US-Interessen abhängigen Land wie Honduras zu einem Kompromiss zu kommen. Schließlich war es Honduras, das in den 1980er Jahren als Basis für Reagans Contra-Krieg gegen das revolutionäre Nicaragua fungierte und damals als »gigantischer amerikanischer Flugzeugträger« bezeichnet wurde.

Obama repräsentiert ein etwas gütigeres Gesicht des amerikanischen Imperiums, es gibt jedoch keinen grundlegenden Wandel und auch nur ein paar wenige kleinere Veränderungen. Er ist zu einer Zeit ins Amt gekommen, in der die USA international geschwächt waren, nicht nur aufgrund der desaströsen Kriege, sondern auch weil die globale Wirtschaftskrise ihren Kern in den USA hat und diese China und anderen Mächten zu neuer Macht verhalf.

Der Friedensnobelpreis repräsentiert die etwas illusorische Hoffnung, dass Obama wirklich für den Frieden arbeiten würde. Doch er demonstriert auch, wie sehr die Welt darauf bedacht war, sich von der Bush-Administration zu lösen. Gleichzeitig hat der Obama-Effekt die amerikanische und globale Linke untergraben, indem er ihr eine weniger klare Angriffsfläche bietet, insbesondere im Hinblick auf die Kriege im Irak und in Afghanistan. Die Linke ist auch weiterhin verwirrt darüber, wie sie sich einerseits dem Krieg in Afghanistan widersetzen kann und sich auf der anderen Seite gleichzeitig dem reaktionären Fundamentalismus der Taliban oder Al Kaida widersetzen soll. Die Linke hat sich hauptsächlich darauf beschränkt, allgemeine Aussagen zum Ende des Krieges zu verkünden, ohne sich jedoch damit auseinanderzusetzen, dass sich mit der Rückkehr der Taliban das Leben der Menschen in Afghanistan mit Sicherheit nicht verbessern würde. Diese Tat-

sache, zusammen mit dem Obama-Effekt, scheint bei der globalen Linken einen Stillstand bewirkt zu haben, wie man an dem überraschenden Fehlen von Antikriegs-Demonstrationen im Jahr 2009 sehen kann.

Gibt es nicht sogar einen Wandel in der amerikanischen Außenpolitik, der vollständig im Widerspruch zur euphorischen Sicht großer Teile der globalen Öffentlichkeit steht? Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise scheint

»Obama repräsentiert ein etwas gütigeres Gesicht des amerikanischen Imperiums«

»Ein Telefonanruf hätte genügt, um in Honduras zu einem Kompromiss zu kommen«



Zumindest in Kenia gibt es noch immer viele Fans

die Obama-Regierung einen Schulterchluss mit China zu suchen und nicht so sehr auf Menschenrechte zu beharren. Des Weiteren steht ökonomischer Protektionismus auf der Agenda – »Buy American«. Und der globale Umweltschutz scheint weitaus unbedeutender zu sein als unter dem republikanischen Gouverneur Schwarzenegger in Kalifornien.

► **KA:** Die US-amerikanische Außenpolitik hat sich von den großen Illusionen der Jahre 2001 bis 2003 etwas wegbewegt, nach denen

die USA den Nahen Osten (und eventuell auch Nordkorea) durch Regimewechsel mit militärischen Mitteln hätten neu gestalten können. Aber diese Entwicklung hat nicht mit Obama begonnen. Schon in den letzten Jahren war die Bush-Regierung dazu gezwungen, im Irak eine zum Teil fundamentalistische schiitische Regierungskoalition zu akzeptieren, die feindlich gegenüber Israel und keineswegs neoliberal eingestellt ist. Das

kommt von der Tatsache, dass der Irakkrieg – trotz eines partiellen Umschwungs im letzten Jahr – das größte militärische Desaster für die USA seit dem Vietnamkrieg darstellt. Der Wandel wurde durch die Ablösung des oft großspurig militaristisch auftretenden Verteidigungsministers Donald Rumsfeld durch den trägen und bürokratischen Robert Gates eingeleitet.

Eine der deutlichsten Veränderungen gegenüber der Bush-Ära liegt darin, dass Obama



Foto: iz3w-Archiv

ma eine »realistischere« Position zum Iran eingenommen hat, indem er die Androhung eines Angriffs durch die USA oder die Ermunterung eines israelischen abgemildert hat.

► **PH:** Obama möchte es um jeden Preis vermeiden, China vor den Kopf zu stoßen. Gleichzeitig hat Obama jedoch seine Bereitschaft signalisiert, die nationalökonomischen Interessen der USA im Hinblick auf die ökologischen Fragen gegenüber China zu verteidigen. Eine Ursache für das weitgehende Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz war, dass die USA Chinas Forderung ablehnten, von den CO₂-Reduktionen ausgenommen zu werden. Die Obama-Administration weist Chinas Behauptung zurück, es sei immer noch ein Entwicklungsland und müsse daher noch unter besonderen Vorzeichen behandelt werden. Diese Position war jedoch zum größten Teil von Obamas Wunsch geprägt, keine Schwäche im Angesicht einer ausländischen Großmacht zu zeigen. Er behält dabei die republikanische Opposition in den USA im Auge, die ihn sofort attackieren würde, so-

bald er irgendetwas unternimmt, das auch nur im Ansatz konträr zu den Interessen der amerikanischen Wirtschaft stehen mag. Seine Haltung hat aber nichts mit der ernsthaften Absicht zu tun, China generell herauszufordern.

Ich würde auch das Ausmaß der aktuellen protektionistischen Tendenzen in den USA nicht überbetonen. Obama ist genauso ein Anhänger des »freien Marktes« wie seine Vorgänger, und er weiß ganz genau, dass einer der wenigen Lichtblicke der amerikanischen Wirtschaft im vergangenen Jahr das Wachstum der US-Exporte war. Da die amerikanischen KonsumentInnen nicht mehr alleine in der Lage sind, die amerikanische Wirtschaft zu tragen, ganz zu schweigen von der Weltwirtschaft, machen protektionistische Maßnahmen aus bürgerlicher Sicht keinen Sinn.

In den Bush-Jahren haben sich viele linke Gruppierungen, auch in den USA, auf einen simplen Anti-Bushismus beschränkt, oft in Kombination mit Antiamerikanismus, kulturellem Relativismus und sogar Antisemitismus. Ideologien werden zwar nicht mit einem neuen Präsidenten beseitigt, aber können Sie dennoch eine objektivere Debatte innerhalb der Linken feststellen? Gerade auch vor dem Hintergrund einer Desillusionierung über Obama?

► **KA:** Ich habe bisher noch kein großes Umdenken in Bezug auf Afghanistan oder Irak beobachten können. Die meisten Menschen in der Linken haben ihre Positionen vor fünf oder mehr Jahren entwickelt und bleiben ihnen verhaftet. Einige haben sich dem erwähnten vereinfachenden Typ des Antiamperialismus verschrieben. Andere dagegen haben innerhalb ihrer antiimperialistischen Position eine viel kritischere Haltung gegenüber den Taliban, dem fundamentalistischen irakischen Widerstand usw. eingenommen. Zu den letzteren zählen Organisationen wie Campaign for Peace and Democracy, ZNet, Bill Weinbergs World War 4 Report und die US Marxist-Humanists.

Es hat in den letzten sechs Monaten einige hitzige Debatten über die iranische Demokratiebewegung gegeben. Seit Beginn der massenhaften Proteste gegen das Wahlergebnis haben einige plumpe Antiamperialisten die Bewegung abgetan, weil sie aus einer Minderheit der Mittelklasse oder einer westlich gebildeten Elite bestehe. Zugleich behaupteten sie, dass Ahmadinejad die Wahl tatsächlich gewonnen habe. Den unverhohlenen Versuch dieser Art unternahm James Petras, ein bekannter lateinamerikanischer Soziologe. Viele andere wurden von der Umarmung Ahmadinejads durch Hugo Chávez

beeinflusst. Selbst die geachtete Monthly Review hat solchen Positionen viel Platz auf ihrer Internetseite eingeräumt, was dann zum Rücktritt von Barbara Epstein führte, einer der bekanntesten RedakteurInnen des Journals. In der Debatte um den Iran waren jedoch die kritischeren Elemente der amerikanischen Linken in einer stärkeren Position. Nahezu alle linken iranischen Intellektuellen – sowohl im Land selbst wie auch im Ausland – unterstützen die Protestbewegung.

Wie steht es um die Friedensbewegung hinsichtlich des »Krieges gegen

den Terror«? Zu Beginn des Irakkrieges war sie in den USA eine Massenbewegung, allerdings genauso wie sonst auch auf der Welt hauptsächlich von den oben genannten Ideologien geprägt. Viele Menschen aus dem Spektrum der Demokratischen Partei waren Teil dieser Bewegung und machten ihre ersten Erfahrungen mit staatlicher Gewalt. Findet man noch irgendetwas von dem Geist dieser Bewegung in der gesellschaftlichen Mitte?

► **PH:** Die Obama-Kampagne bewirkte, dass viele KriegsgegnerInnen ihr Vertrauen in seine Wahl legten, statt den Versuch zu unternehmen, die Antikriegsproteste zu revitalisieren. Allerdings gab es in den vergangenen Monaten Anzeichen einer Erneuerung von Antikriegsaktivitäten. Viele AnhängerInnen Obamas waren schockiert von seiner Ausweitung des Afghanistankriegs, und eine ganze Reihe von Kundgebungen sind für diesen Frühling angekündigt. Allerdings bleibt es weiterhin notwendig, den Widerstand gegen die Aufrüstung des US-Militärs so auszudrücken, dass dabei keine Entschuldigung der Taliban oder eine Verharmlosung der wirklich sehr realen Bedrohung durch terroristische Attacken auf die USA stattfindet. Die Antikriegslinken hat zum großen Teil noch kein Mittel gefunden, um sich mit beiden Seiten dieses Widerspruchs auseinanderzusetzen.

► **Peter Hudis** ist Dozent für Philosophie am Oakton Community College. **Kevin Anderson** ist Professor für politische Wissenschaft an der University of California in Santa Barbara. Beide sind Mitgründer der Gruppe U.S. Marxists Humanists, eine der verschiedenen Organisationen in der Tradition des US-amerikanischen marxistischen Humanismus.

Das Interview führte Simon Birnbaum. Übersetzung: David Jüngst. Die ungekürzte Fassung dieses Interviews steht auf www.iz3w.org